

22.06.2015

Aktuelle Stunde

auf Antrag

der Fraktion der PIRATEN

Vorratsdatenspeicherung: Position des Landes NRW zu Kosten und Konsequenzen.

Am Samstag, 20.06.2015 wurde durch die Entscheidung der kleineren der beiden Regierungsparteien des Bundes der Weg zur anlasslosen Vorratsdatenspeicherung geebnet.

Dies betrifft nicht nur die Menschen des Landes Nordrhein-Westfalen und dessen Unternehmen, denen nun eine umfassende Überwachung ihrer Informations- und Kommunikationswege sowie eine Zwangs-Datenerfassung und -speicherung bevorsteht; die Vorratsdatenspeicherung verursacht Kosten, die NRW überdurchschnittlich treffen würden.

Telekommunikationsdienstleister, Provider und andere Unternehmen sind nun verpflichtet, massiv in Personal und technische Infrastruktur zu investieren, um die Vorratsdatenspeicherung umzusetzen. Die meisten dieser Firmen, darunter die Telekommunikationsunternehmen Deutsche Telekom AG in Bonn, Vodafone GmbH in Düsseldorf, die Telefónica-Tochter E-Plus Mobilfunk GmbH in Düsseldorf, QSC AG in Köln sowie Unitymedia GmbH in Köln, befinden sich in NRW.

Der eco-Verband der deutschen Internetwirtschaft mit Sitz in Köln nennt die technischen Schwierigkeiten, Rechtsunsicherheiten und Risiken, sowie die Kosten, die diese Maßnahme voraussichtlich verursachen werden. Die gescheiterte Vorratsdatenspeicherung von 2007 hat der deutschen Wirtschaft Kosten in Höhe von bis zu 340 Millionen Euro verursacht, für die sie keine Erstattungen bekommen hat. Bei einem neuen Anlauf zur Vorratsdatenspeicherung rechnet der eco-Verband mit 600 Millionen Euro Aufwendungen, die auf insgesamt rund 2500 Betriebe zukommen werden. Die gestiegenen Kosten ergeben sich durch die höheren Anforderungen und die gewachsenen Datenmengen. Auf die 2007 entworfene Technik kann aufgrund der vielfach geänderten und erweiterten Anforderungen nicht zurückgegriffen werden.

Die nordrhein-westfälische Bevölkerung und Wirtschaft müssten bei der Einführung der Vorratsdatenspeicherung einen Großteil der Kosten tragen. Es ist zu klären, wie ein für NRW akzeptabler bundespolitischer Ausgleich der Kosten gestaltet werden kann und wie die Auswirkungen auf die Wirtschaft politisch zu bewerten sind.

Datum des Originals: datum/Ausgegeben: datum

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Aus diesen Gründen muss sich der Landtag in einer Aktuellen Stunde mit diesem aktuellen für die Landespolitik wichtigen Thema befassen.

Dr. Joachim Paul

Marc Olejak

Oliver Bayer

Daniel Schwerd

und Fraktion